



Die Komiteemitglieder erklären Peter Malama die Situation vor Ort.

Ausbau Osttangente

Für Basel kommt nur die Tunnel-Variante in Frage

Gewerbedirektor und FDP-Nationalrat Peter Malama hat sich die Situation des geplanten Osttangente-Ausbaus mit betroffenen Anwohnern vor Ort angeschaut. Von Peter Malama

Die Notwendigkeit eines Ausbaus der bestehenden Osttangente ist unbestritten, wenn die Stadt nicht zukünftig im Verkehr, der eigentlich auf diese Nationalstrasse gehört, ertrinken soll. Die oberirdische Realisierung, wie der Bund sie plant, ist für mich aber nicht vorstellbar. Unlängst schritt ich mit Mitgliedern der IG Osttangente und des Vereins «Ausbau Osttangente – so nicht!» die betroffenen Wohnquartiere entlang der Autobahn A2 ab. Die Ernüchterung war gross: In einer Wohnung mit offenem Fenster stellte ich die massive Lärmbelastung mit eigenen Ohren fest. Ich vermeinte richtiggehend zu sehen, wie Strassenstaub und Pneuabrieb auf die Wohnterrassen niederrieselten. Ich spürte die Erschütterungen der vorbeifahrenden 30-Tönnner. Ich stellte fest, dass die Lärmschutzwände nicht konsequent durchgezogen sind. Und lernte verstehen, welche Be-

fürchtungen die Möglichkeit eines Unfalls mit Gefahrgut für die Anwohnenden auslösen. Und sie sind damit nicht allein: Auch das Bundesamt für Strassen bezeichnet diesen Streckenabschnitt als «Engpass der gravierendsten Problemstufe III».

Fakt ist: Die Osttangente muss viermal mehr Verkehr schlucken als der Gotthard-Strassentunnel. Da ist es logisch und folgerichtig, wenn das Bau- und Verkehrsdepartement in seiner Zweckmässigkeitsbeurteilung festhält, dass mit einer Spurerweiterung eine Wohnnutzung in den angrenzenden Liegenschaften praktisch unmöglich machen würde und auf der «Breite»-Seite gar eine Arrondierung – auf gut Deutsch: ein Enteignungsverfahren mit nachfolgendem Abriss – zur Folge hätte. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass Autobahnen Wohnquartiere unbewohnbar machen. Bei allem Verständnis für den Privatverkehr: Lebens- und Wohnqualität gehen vor! Unsere Forderung muss deshalb lauten: Nein zur oberirdischen Osttangenterweiterung und Ja zum sofortigen Lärmschutz im betroffenen Verkehrskorridor!



Mit dem in Bern geplanten Ausbau müssten wohl ganze Häuserzeilen entlang der Osttangente weichen.

Politisch gilt es nun, in Bern geeint aufzutreten. Die Forderung nach einer Untertunnelung darf keine Frage von «links» oder «rechts» sein. Wir müssen uns als Baslerinnen und Basler im Interesse der Wohn- und Lebensqualität gemeinsam für eine Aufwertung der betroffenen Stadtquartiere einsetzen. In einem nächsten Schritt muss nun die IG und der Verein gegen die Osttangente eine politisch neutrale, von allen Parteien und möglichst vielen meinungsmachenden Verbänden

und Institutionen unterstützte Petition lancieren und nach Bern tragen. Mit dem Signal, dass Basel und die Region Vorschläge aus Bundesbern zur Osttangente-Untertunnelung und zur sofortigen Lärmsanierung erwartet. Parallel dazu müssen wir Vertreter der Eidgenossenschaft nach Basel einladen, damit sie sich vor Ort ein Bild machen können und für unsere Anliegen sensibilisiert werden.

> www.osttangente.ch
 > www.osttangente-so-nicht.ch